



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 30. April.

Die politische Stimmung der letzten vier Wochen ist der Hauptsache nach von der vorhergegangener Monate wenig verschieden gewesen. Man lebte von der Hand in den Mund, heute von plötzlich aufgetauchten Hoffnungen emporgehoben, morgen von gleich vaguen Befürchtungen zu Boden gedrückt. „Immerwährendes Stimmen und nun beginnt das Concert“! könnte es heißen, wenn nicht gerade in den letzten Tagen die Versammlung zusammengetreten wäre, welche das entscheidende Wort für die Gestaltung der nächsten Zukunft Deutschlands sprechen soll. Ob und wie dasselbe lauten wird, wissen die berufenen Sprecher freilich am wenigsten. Seit den Ereignissen von 1866 haben die Deutschen sich davon entwöhnt, Conjecturalpolitik in früherer Manier zu treiben und die Zukunft nach bestimmten logischen Formeln und Schlußfolgerungen berechnen zu wollen. Von den Ereignissen überrascht zu werden, ist uns förmlich zur Gewohnheit geworden, der gewöhnliche Zusammenhang von Ursachen und Wirkungen hat die Präsumtion gegen sich und wir glauben längst nicht mehr an die Giltigkeit von Fingerzeigen und Symptomen, die uns vor noch wenigen Jahren für unfehlbare Anhaltspunkte der Calculation gegolten hätten.

Von den Ereignissen des letzten Monats sind am folgerreichsten die Vorgänge gewesen, welche, an und für sich wesenlos aus trügerischen Schatten künftiger oder doch erwarteter Ereignisse, als Gerüchte ihr Wesen trieben. Tagelang schwebten die europäischen Börsen zufolge der widerspruchsvollen pariser Sensationsnachrichten und officösen Artikel über die nordschleswigsche Frage in einer Verlegenheit, die außer Verhältniß stand zu dem Werth des Objects, um welches es sich im schlimmsten Fall hätte handeln können. Wiederum zeigte sich, daß die Gespanntheit der Situation die Reizbarkeit des Capitals und das Mißtrauen der Geschäftswelt zu einer so krankhaften Höhe gesteigert hatte, daß das Fallen einer Stecknadel dazu hinreichte, Schwankungen von weitgreifendster Bedeutung herbeizuführen. Das schlimmste an der Sache ist, daß dieses Spiel jeden Augenblick neu begonnen werden kann, ohne daß ein Kraut gegen dasselbe gewachsen wäre. Wüßten wir nicht, daß die französischen Börsen von demselben mindestens ebenso schwer betroffen werden, wie diejenigen des übrigen Europa, wir könnten glauben, es sei auf eine absichtliche Ermüdung und Ueberreizung derer abgesehen, die unter allen Umständen die ersten sind, welche die Fackel eines europäischen Krieges zu bezahlen hätten. Daß alle Nachrichten darin übereinstimmen, die nordschleswigsche Frage sei von den Cabinetten von Wien und Paris zu den Alten

gelegt worden, ändert an der Sache nicht das geringste. Daß es keines Kriegsgrundes bedarf, damit die französischen Adler an den Rhein getragen werden, haben uns die Franzosen selbst und mehr wie einmal gesagt. Indirect sagen sie uns auch gegenwärtig noch täglich dasselbe: während von der officiösen Presse der französischen Hauptstadt constatirt wird, daß die Beziehungen des Tuileriescabinet's zu Preußen die besten von der Welt seien, rüstet Marschall Niel mit einem Aufwand von Eifer und Mitteln, daß man glauben sollte, der Feind stehe bereits vor den Thoren von Paris. Ohne Rücksicht auf die bedrängte Lage des Staatsschatzes und die unzufriedene Miene der sonst so loyalen Kammermajorität, werden immer neue Summen zur Beschaffung von Kriegsvorräthen verlangt und gegeben. Gerade wie zu Kriegszeiten sind die Preise für Pferde und Pferdefutter namentlich im Norden der Monarchie in fortwährender Zunahme begriffen, — davon nicht zu reden, daß die Thätigkeit der Militärwerkstätten unverändert dieselbe bleibt, mögen Alarmpfeifen die Welt bewegen oder Friedenstauben an wolkenlosem Himmel flattern. Jener alte Spruch, nach welchem man zum Kriege rüsten soll, wenn man den Frieden zu erhalten wünscht, ist längst obsolet geworden und hat im Zeitalter der stehenden Heere keinen Sinn mehr — nicht durch Kriege, sondern durch Kriegsvorbereitungen und Kriegsgerüchte ruinirt man heutzutage den eigenen und des Nachbarn Wohlstand.

So dringend aber ist das Friedensbedürfniß der modernen Welt, daß trotz der Offenkundigkeit dieser Thatsachen und trotz der thatendurstigen Reden, mit denen Marschall Niel die friedlichen Bestrebungen seiner Collegen zu paralyfieren versucht, das Leben in sein früheres Gleis tritt, sobald die Wetterwolken sich nur für einen Augenblick verzogen. Die Arbeit an der Neugestaltung der deutschen Zustände gibt denen, die zu ihr berufen und nicht berufen sind, so vollauf zu thun, daß kaum Zeit übrig bleibt, um den Bewegungen des Nachbarn auch nur immer die gehörige Aufmerksamkeit zu schenken. Auch wenn der Frieden erhalten bleibt, bringt jeder neue Tag neue Sorgen und neue Schwierigkeiten.

Noch immer sind die Rollen so vertheilt, daß diejenigen, welche sich mit der Kriegs eventualität am lebhaftesten beschäftigen, ja ihre Rechnung auf dieselbe setzen, ihre Handlungsweise so einrichten, als erwüchsen ihnen aus einer Gefährdung der Sicherheit des Vaterlandes keinerlei Pflichten und Rücksichten gegen dasselbe. Häufig genug hört man darnach fragen, welche Haltung die preußenfeindlichen Höfe und Parteien einnehmen würden, wenn es wirklich zu einem blutigen Conflict käme. Im Grunde ist die Antwort schon jetzt gegeben, denn der vaterlandslose Particularismus geberdet sich nie fecker und rücksichtsloser, als wenn er Preußen von Westen her bedroht und beschäftigt glaubt. Dieselben Tage, in denen die Reise des dänischen

Kriegsministers zu bedrohlichen Gerüchten Veranlassung gab, boten uns das Schauspiel offenkundigster Böswilligkeit und Pflichtverletzung seitens jener Darmstädter Regierung, die ihr Existenzrecht schon einmal verwirkt hatte. Es bedurfte des energischen Auftretens durch den Prinzen Ludwig und eines preußischen Generals, um Herrn v. Dalwigk zur Erfüllung der Verpflichtungen zu zwingen, deren feierliche Uebernahme das Großherzogthum Hessen von der Einverleibung in den preußischen Staat gerettet hat. Freilich ist auch dieses Mal nur palliativ geholfen worden, die eigentliche Krankheit des rheinischen Kleinstaats, welche den Namen des leitenden Ministers trägt, ist von der angewandten Cur ebenso unberührt geblieben, wie vor zwanzig Monaten, und die Vorgänge, deren Zeugen wir sein mußten, können sich täglich neu wiederholen. Wann das Maß der preußischen Geduld gegen die Berather des Großherzogs Ludwig erschöpft sein wird, ist nach den jüngsten Erfahrungen vollständig unberechenbar geworden. Binnen Jahresfrist haben wir erleben müssen, daß dieser Staatsmann den Eintritt des südlichen Hessen in den Nordbund gegen den ausgesprochenen Willen der Bevölkerung, und gegen die Anträge, welche er selbst in die darmstädter Kammer gebracht hatte, verhindert, und das Anerbieten zur Beschickung einer pariser Conferenz ausgesprochen hat, welche von Berlin aus direct widerrathen worden war; daß alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um die Zollparlamentwahlen im österreichischen Sinne zu lenken und schließlich das Mögliche gethan wurde, um die Militärconvention ein Stück Papier werden zu lassen!

Wenn das böse Beispiel, das hier mit so beispielloser Reckheit gegeben worden, nicht die Sitten derjenigen Bundesgenossen verdirbt, welche sich bisher gefügig bewiesen, so ist das vornehmlich dem Umstande zu danken gewesen, daß die Volksvertretungen nicht allenthalben so mundtot gemacht worden sind, als in dem Reich der Dalwigk, Gagern und Grolmann, und die preußische Regierung hat allen Grund, die abschlägige Antwort welche der Bundesrath dem Lasferschen Antrag auf vollständige Redefreiheit in allen Bundesstaaten erteilt hat, als eine Verletzung ihres eigensten Interesses anzusehen.

Die gespannte Aufmerksamkeit mit welcher allenthalben der Eröffnung des Zollparlaments entgegen gesehen worden war, hat die darmstädter Vorgänge, wie alles, was sich sonst an den Hauptstößen des Particularismus zutrug, zu untergeordneter Bedeutung herabgedrückt. Weil Niemand im Stande ist, dieser Versammlung das Horoscop zu stellen, erwartet jeder von derselben eine Entscheidung in seinem Sinn, und darum wird still gehalten und abgewartet. Dazu kommt, daß die Diplomatie Oestreichs in den letzten Wochen von ihrer sonstigen Regsamkeit verloren zu haben scheint und die durch die Concordatsdebatten verstimmtten Organe des Ultramontanismus für eine

Zeitlang aufgehört haben, aus Wien das Lösungswort zu holen. Von den großen Entscheidungen, welche vor der Thür des k. k. Cabinets stehen, ist noch keine gefällt worden. Hat sich auch bestätigt, daß der angebliche Brief, welchen Pius IX. in der Concordatsangelegenheit an den Kaiser Franz Joseph gerichtet haben sollte, eine ziemlich plumpe, auf Einschüchterung der öffentlichen Meinung berechnete Erfindung war, so ist doch zweifelhaft geblieben, wann und ob das entscheidende Wort gesprochen werden wird, wenn die Curie bei ihrer gewohnten Hartnäckigkeit verharret. Mit dem Brestlschen Finanzproject ist es inzwischen eher rückwärts als vorwärts gegangen und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das Ministerium des Fürsten Auersperg auf diesem wichtigen Gebiet seine erste Niederlage erfahren werde. Die Ablehnung der Vermögenssteuer, an deren Stelle eine classifizierte Einkommensteuer treten soll, kann für eine Niederlage zwar noch nicht gelten, aber der bezügliche Beschluß läßt doch auf eine Voreingenommenheit der Volksvertretung gegen die gesammte ministerielle Vorlage schließen. Bei der Rathlosigkeit aller übrigen Parteien und dem Mangel anderer Auskunfts Mittel und Männer, will uns bedünken, man sei in der Kritik der Vorschläge des österreichischen Finanzministers nicht mit der gehörigen Willigkeit zu Werke gegangen. Die Finanzcommission des Reichsraths hat eine Erhöhung der Staatslasten für ebenso unmöglich und unthunlich erklärt, wie die Aufnahme einer neuen Anleihe oder die Vermehrung des Papiergeldes. Damit ist zugleich gesagt, daß Rentenreduction und Couponsteuer allein übrig bleiben. Modificationen dieser Pläne ist Dr. Brestl keineswegs abgeneigt, mit Recht verlangt der Finanzminister aber, daß dieselben mindestens die Möglichkeit der Resultate in Aussicht stellen, welche er in Aussicht genommen, d. h. die Beseitigung des Deficit binnen dreijähriger Frist. Die Voraussetzung, unter welcher dieses Ziel allein erreicht werden kann, die Aufrechterhaltung des Friedens steht allerdings auf schwankenden Füßen. Wird vom Frieden abgesehen, so ist eine Rettung des österreichischen Staatscredits aber überhaupt nicht möglich und unter den gegebenen Verhältnissen bietet der Fortbestand des gegenwärtigen eisleithanischen Ministeriums immer noch die besten Chancen dafür, daß die rachedürstenden Pläne derer, welche vom Wiedergewinn des bei Königgrätz verloren gegangenen kaiserlichen Einflusses in Deutschland träumen, in Zaum gehalten werden. Aus diesem Grunde muß im deutschen wie im österreichischen Interesse gewünscht werden, daß es zu einer Einigung über das Brestlsche Project kommt. Wäre die Zurückziehung desselben auch keineswegs mit dem Sturz Biskras und seiner Genossen gleichbedeutend, so könnte doch nicht ausbleiben, daß der Einfluß der Gegner der liberalen Partei durch das Scheitern der Finanzvorlage ebenso gekräftigt, wie das Ansehen ihrer Urheber geschmälert würde.

In Ungarn sind die Parteigegensätze sich wiederum mit ihrer früheren

Schärfe entgegen getreten. Obgleich die Budgetvorlage des Finanzministers Lanay relativ günstige Resultate aufzuweisen hatte und eine Fortführung des Staatshaushalts ohne Erhöhung der Steuern, ja unter Herabsetzung der Tabaksgesälle verhieß, haben die Radicales einen neuen Anlauf zum Sturz der Männer unternommen, die sich noch vor wenigen Monaten rühmen durften, die gesammte ungarische Nation hinter sich zu haben. Die Gefangennehmung des Agitators Deftalos, bei dem verschiedene, die Häupter der äußersten Linken empfindlich compromittirende Aktenstücke gefunden worden sind, ist bis jetzt ziemlich eindrucklos geblieben und die Agitation für Herstellung einer magyarischen Nationalarmee findet trotz der Entschiedenheit, mit welcher Deak gegen das Verlangen einer solchen aufgetreten ist, immer breiteren Boden, nicht nur bei den radicalen Anhängern der Honvedpartei, sondern zugleich bei den gemäßigteren Schattirungen der Linken. Daß die radicalen Elemente sich ausschließlich auf die Masse der kleinen, proletarischen Gutsbesitzer und der Besitzlosen stützen und dennoch zu so entschiedenem Einfluß gelangt sind, macht die Sache eher schlimmer, als besser, denn eine Bewegung, welche sich auf die vermögenden Classen stützt, bietet immer größere Aussichten zur Ernüchterung, als das Treiben von Leuten, die, wie sie glauben bei einer Veränderung nicht zu verlieren, sondern lediglich zu gewinnen haben.

Ihre größten Hoffnungen haben die ungarischen Radicales auf die Entscheidung über die Kompetenzgrenze der Comitate gesetzt. Sie verlangen nichts mehr und nichts weniger, als daß diese Kreisverbände das Recht haben sollen, jeden Regierungserlaß seiner Rechtsgiltigkeit nach zu prüfen und je nach dem Resultat dieser Prüfung auszuführen oder zu beanstanden. So groß ist das traditionelle Ansehen der Comitate, daß das Ministerium die erste Hälfte dieses Anspruchs anzuerkennen bereit ist, den Bedenken der Comitatsglieder aber freilich keinen Suspensiveffect, sondern nur das Recht der Beschwerdeführung beim nächsten Landtage zugestehen will. Daß es bei der Entscheidung über diese Frage nicht ohne heißen Kampf abgehen wird, steht nach dem Zeugniß der ungarischen Presse schon gegenwärtig fest. Der staatsfeindliche Radicalismus der äußersten Linken speculirt mit sicherem Instinct auf die Macht einer mittelalterlichen Volksgewohnheit, welche nicht begreifen will, daß der Begriff des modernen Staats mit den Souveränitätsansprüchen der alten Gauverbände unvereinbar ist und wir können erleben, daß das Ministerium Andrassy an den widersinnigen Ansprüchen eines Hauses exaltirter Demagogen zerschellt.

Bei Beurtheilung der ungarischen Verhältnisse — und das wird von der Mehrzahl der Radicales vollständig übersehen — darf niemals außer Acht gelassen werden, daß das Band, welches die Länder der ungarischen

Krone zusammenfaßt, ein außerordentlich schwaches ist und daß jede Schwächung der Staatsgewalt den panslawistischen Wünschen, welche die kroatischen, slovenischen und serbischen Bewohner nähren, directen Vorschub leistet und zugleich der Macht des herrschenden magyarischen Stammes Abbruch thut. Mit jenem Racenhochmuth, der den Herrschaft gewohnten Stämmen von unfertiger Bildung stets eigenthümlich ist, sieht die große Masse der ungarischen Durchschnittspolitiker geringschätzig auf die Gefahr herab, welche der Einheit des Staats von Seiten der Slaven droht, und doch ist Thatsache, daß dieselben in der Gegenwart ungefügiger wie je sind und daß der unionfeindliche Theil des kroatischen Landtags mit Sicherheit auf die Sympathien eines großen Theils seiner Landsleute und die moralische Unterstützung aller benachbarten Slavenstämme rechnen kann. Die einzigen slavischen Freunde des Magyarenthums, auf welche mit Sicherheit und unter allen Umständen gerechnet werden kann, sind die galizischen Polen, welche die gleichen Antipathien gegen den Panslawismus nähren. Der Rückhalt, den diese an dem Ministerium Beust besitzen, scheint in diesem Augenblick, wo zu Wien von einem förmlichen Protest gegen die Einverleibung Congresspolens in den russischen Staat und von einem österreichischen Anspruch auf den polnischen Königstitel die Rede ist — ein besonders zuverlässiger. Es fragt sich aber, ob der Zeitpunkt all' zu fern ist, in welchem das wiener Cabinet gezwungen sein wird, mit der zunehmenden Mißstimmung der galizischen Kleinrussen (der sog. Ruthenen) zu rechnen und mindestens dem Verlangen derselben nach einer vollständigen administrativen Zweitheilung Galiziens nachzugeben. In der östlichen, für Ungarn besonders wichtigen Hälfte des Königreichs Galizien und dem größten Theil der Bukowina bilden die Kleinrussen die überwiegende Majorität und eine beständige Gefahr für das polnische Element. Neuerdings ist diese Gefahr und die Nothwendigkeit einer Auseinandersetzung zwischen den beiden feindlichen Slavenstämmen, welche um die Herrschaft ringen, auch von polnischer Seite anerkannt worden: die Communalvertretung Krakaus hat der k. k. Regierung ein Immediatgesuch unterbreitet, welches die Trennung der ruthenischen von den polnischen Landestheilen und die Erhebung Krakaus zur Hauptstadt des polnischen Galizien verlangt. Daß dieser Plan von den Organen des entschiedenen Polonismus, der unter keiner Bedingung auf das Erbe seiner Väter verzichten will, lebhaft bekämpft wird, ist ebenso erklärlich, als daß die Ruthenen das Verlangen der Krakauer Commune unterstützen, um die alte Hauptstadt Lemberg zu einem rein russischen Ort zu machen. Zunächst haben diese Wünsche wenig Aussicht auf Erörterung — ob dem aber so bleiben wird, erscheint durchaus fraglich. Dringen die Ruthenen einmal durch, so kann das für Ungarn höchst gefährlich werden, denn den zur Zeit noch zerfahrenen slavisch-ungarischen Elementen würde

in diesem Fall ein Centrum und ein starker Rückhalt geboten. Schon aus der Rücksicht auf den wachsenden Einfluß des Panславismus erscheint es darum höchst begreiflich und gerechtfertigt, daß das transleithanische Cabinet von keiner Schwächung der Regierungsgewalt etwas wissen und die Unterordnung der Comitats unter die Centralregierung zur Cabinetsfrage machen will.

Aus der östlichen Hälfte Europas sind im übrigen keine Ereignisse von Bedeutung für den abgelaufenen Monat zu registriren. Die Einverleibung Polens in die russische Monarchie ist ebenso zur widerspruchlos vollendeten Thatsache geworden, wie die Einführung der russischen Geschäfts- und Unterrichtssprache. In dem ehemaligen Litthauen scheint sich dagegen ein Umschwung vorzubereiten; der Zwangsverkauf der confiscirten Güter ist durch den neuen Generalgouverneur Potapow sistirt, das Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache gemildert, ein großer Theil der zur polenfeindlichen Nationaldemokratie gehörigen Beamten entlassen worden. In dem Centrum des russischen Staatslebens ist es still. Die Befürchtungen mit denen man sich noch vor einigen Wochen bezüglich eines gewaltsamen Einschreitens Rußlands gegen die Pforte trug, die Hungerstoth und die Finanzschwierigkeiten (der Voranschlag des Budgets pro 1868 weist ein Deficit von 12 $\frac{1}{2}$ Mill. Rubel S. aus, das aus dem Rest der letzten englisch-holländischen Anleihe gedeckt werden muß), haben die Aufmerksamkeit der petersburger Regierung fast ausschließlich auf innere Fragen gelenkt und selbst die vorgeschrittensten Organe der russischen Presse räumen ein, daß die Zeitverhältnisse jede Einmischung in die Zustände der türkisch-slavischen Länder unmöglich machen. Selbst von den Judenverfolgungen in der Moldau behauptet der „Inv.“, daß sie eine rein innere Frage seien. Inzwischen ist von den diplomatischen Agenten in Rumänien übereinstimmend constatirt worden, daß die Nachrichten über die gegen Juden von Jassy geübten Bedrückungen vollständig gegründet seien. Die Regierung des Fürsten Carl befindet sich in einer außerordentlich schwierigen Lage, denn das Vorurtheil und der Haß gegen die jüdischen Bewohner Rumäniens scheint in allen Schichten der Bevölkerung der gleiche zu sein, und die von der reactionären Bojarenpartei beantragte Ausschließung der Juden von dem Recht zur Erwerbung von Grundbesitz findet in Kreisen, die sich sonst als Vertreter der vorgeschrittensten liberalen Anschauungen gericirten, ein bereitwilliges Gehör. Während der Liberalismus im westlichen Europa, auch wo er auf politische Abwege gerieth, ein entschiedener Anwalt der Toleranz und Humanitätsbestrebungen der Zeit blieb, geht er im Osten beinahe allenthalben mit einem Racenfanatismus Hand in Hand, zu dessen Signatur es gehört, nicht nur die ausgedehnten Rechte, die er für sich selbst in Anspruch nimmt, den Gegnern zu verweigern, sondern die natürlichen Forderungen der Billigkeit diesen zu abzuschlagen. Aus Serbien z. B. wird

als wichtiges Ereigniß gemeldet, die Regierung habe durchgesetzt, daß den muselmännischen Bewohnern Bucharests das Recht zum Bau einer Moschee erteilt worden. Dieselben serbischen Liberalen, welche nicht müde werden, über die Bedrückung ihrer christlichen Stammesgenossen im Norden der Balkanhalbinsel zu klagen, besinnen sich keinen Augenblick, wenn es gilt, die Cultusfreiheit der Türken zu beschränken, die noch vor einem halben Jahrhundert ihre Beherrscher waren; und das Geschrei nach weiterer Ausdehnung der Volksfreiheit wird in einem Athem mit Judenhaß und Proscriptionsforderungen der Gegner ausgestoßen.

In England hat die Sache der Freiheit während der letzten Wochen einen wichtigen Sieg erröcktet. Unterstützt von Roebuck und Bright, den Führern des Radicallismus, hat Gladstone seine Bill für Abschaffung der anglicanischen Staatskirche in Irland nach heißem Kampf durchgesetzt und Stanleys Bemühungen, die Entscheidung dieser wichtigen Frage dem bevorstehenden neuen, nach dem reformirten Wahlgesetz zu errichtenden Parlament vorzubehalten, sind an der Erkenntniß Englands gescheitert, daß an eine Ausöhnung mit den Kindern der grünen Insel nicht zu denken sei, so lange die Fiktion aufrecht erhalten wird, die britischen Bewohner derselben seien die erstgeborenen Söhne des Staates. Obgleich es nicht mehr zweifelhaft ist, daß die prinzipielle Anerkennung der Unhaltbarkeit des kirchlichen status-quo zu practischer Durchführung gelangen werde, stehen dieser doch noch ernste Schwierigkeiten entgegen, die durch das Verhalten der Fener täglich vermehrt werden. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine Concession von so großer Tragweite im gegenwärtigen Zeitpunkt den Charakter einer durch die Angst vor Zunahme der fenischen Agitation abgepreßten Abschlagszahlung trägt, und es ist darum mehr wie begreiflich, das, wie uns neuerdings berichtet worden, die protestantische Pairie Gries an den Festlichkeiten, welche dem Prinzen von Wales in Dublin gegeben worden, geflissentlich keinen Antheil genommen hat. Das meuchlerische Attentat, welches in Australien von fenischer Hand gegen das Leben des Prinzen Alfred unternommen worden, wird aller Wahrscheinlichkeit einen zeitweisen Rückschlag in der Stimmung des englischen Volks herbeiführen, das durch die der Gladstoneschen Bill geschenkte allgemeine Zustimmung ein besonders gutes Gewissen erworben zu haben glaubt und dem jetzt der Beweis geliefert wird, daß der verbrecherische Bund, der sich zum Werkführer des irischen Volks aufgeworfen, weder durch Schrecken noch durch Veröhnlichkeit zu entwaffnen ist.

Während der Kampf für Herstellung gesunder, den realen Verhältnissen entsprechender Beziehungen der Kirche zum Staat in Großbritannien gegen einen den irischen Katholiken aufgepfropften Anglicanismus, in Oestreich gegen die unumschränkte Herrschaft der katholischen Kirche über das geistige Leben

eines großen Volks entschieden worden, sieht Rom, der Mittelpunkt der katholischen Welt, erwartungsvoll dem ohnmächtigen Ringen des italienischen Volks zu, das sich vergeblich von der Niederlage aufzuraffen versucht, welche es gerade in dem Augenblick erlitten, da seine Führer sich anschickten, mit den Ansprüchen der alten Kirche für immer abzurechnen. In den Hochzeitsjubel, mit dem die officielle Welt die Vermählung des Prinzen Humbert umgibt, und in die Ovationen, welche die Dankbarkeit des Volkes dem siegkrönten Erben der preussischen Krone bereitet hat, schallen aus Bologna, Parma und Modena die Mißlaute einer allgemeinen Erbitterung gegen das Regime hinein, mit dessen Aufrichtung die Italiener das Ende ihrer Leiden gekommen wähnten, und selbst in den Hauptstädten des jungen Staates wird die äußere Ordnung nur mühsam aufrecht erhalten. Von allem Uebrigen abgesehen, lastet die bedrohliche Lage der Finanzen wie ein Alp auf allen, welche an den Geschicken des Staates ernsthaft Theil nehmen. Es sind nächstens sechs Wochen, daß der Finanzminister das Deficit für 1869 auf 198 Millionen angab und noch ist das Geschick der Maßregeln, welche Herr de Cambrai-Digny behufs Verminderung desselben auf 36 Millionen in Vorschlag brachte, immer nicht endgiltig entschieden. Wohl sind die einzelnen Paragraphen des Wahlsteuergesetzes angenommen worden, aber die Sanction des gesammten Gesetzes ist gleich der über die Vorlage wegen Aufhebung des Zwangscourses davon abhängig gemacht worden, ob die übrigen Theile des ministeriellen Plans die Zustimmung der Volksvertretung erhalten. Angesichts des Pessimismus, welchen ein großer Theil der Italiener gegen die öffentlichen Angelegenheiten seines Vaterlandes zur Schau trägt, und der Apathie, welche sich mehr und mehr der Massen bemächtigt, die ohne Vorstellung von der wirklichen Lage den Sitz des Uebels immer in dem jeweiligen Ministerium suchen, ist die Wiederbelebung des preussischen Einflusses am turiner Hofe, welche bei dem gewinnenden Eindruck, den die männliche Erscheinung des Kronprinzen allenthalben gemacht hat, kaum ausbleiben kann — von nur zweifelhaftem Werth und gegenüber künftigen Verwickelungen wird die Bundesgenossenschaft Italiens für Deutschland noch weniger ins Gewicht fallen als im Jahre 1866. Daß die neidische Eifersucht der Franzosen über die Civitas, welche dem Sieger von Königsgrätz zugerufen wurden, ängstlich Buch geführt hat, beweist nur, daß man den Italienern französischerseits nicht einmal das Recht selbständiger Sympathien und Antipathien zugestehen will; ist es Frankreich im Herbst vorigen Jahres gelungen, den von Cavour gegründeten Staat zum Verzicht auf die Hauptbedingung seiner eigenen Existenz zu zwingen, so liegt die Vermuthung nah, Italien werde sich in der Stunde der Entscheidung nöthigen lassen, das natürliche Interesse, durch welches es an Preußen geknüpft ist, zu verleugnen. Der Gedanken an eine große aus-

wärtige Politik müssen die Minister Victor Emanuels sich entschlagen, so lange das Fundament des Königreichs Italien vor der Unterwühlung durch römische und französische Legitimisten nicht geschützt werden kann.

Es ist noch nicht zu lange her, daß die raschen Erfolge der Italiener, die Vorarbeit zur Herstellung des italienischen Einheitsstaates den Deutschen als beneidenswerthe Beispiele vor Augen schwebten. Wenige Jahre haben hingereicht, um dieses Verhältniß vollständig umzukehren. Während auf die kurzlebige Begeisterung, zu welcher Cavour und Garibaldi ihre Landsleute fortrissen, eine Reaction gefolgt ist, welche kein Ende absehen läßt, treten in Berlin die Vertreter desselben Deutschlands, das es zu einer die gesammte Nation umfassenden nationalen Bewegung gar nicht gebracht hat, und in welchem es an Anzeichen einer Reaction auf die Bewegung 1866 nicht fehlt, — zum erstenmale wieder zur Berathung gemeinsamer Interessen zusammen.

Glückverheißend sind die Conjunctionen, unter denen sich dieser Zusammentritt vollzogen hat, nicht zu nennen. Der Süden ist mindestens zur Hälfte von Männern vertreten, welche jeder Erweiterung der Kompetenzgrenzen des Zollparlaments in den Weg zu treten entschlossen sind und am liebsten gar nicht nach Berlin gekommen wären. Von dem Rest gehört ein beträchtlicher Bruchtheil den Halben und Schwankenden, welche im Zweiherrendienst ergraut sind, an; und selbst bei der Minderheit, welche an der nationalen Sache festhält, muß zweifelhaft erscheinen, inwieweit sie es zur vollen Verständigung mit den nordischen Gesinnungsgeossen bringen wird. Diese norddeutschen Vertreter des nationalen Programms stehen selbst unter dem Eindruck der letzten Differenz, in welche sie zum Bundeskanzler getreten sind, und haben überdies Mühe, den Gegensatz zwischen Alt- und Neupreußenthum nicht zum Schiboleth werden zu lassen. Dieser Situation entsprechend hat der königliche Bundespräsident seine Eröffnungsrede im Ton kühler Sachlichkeit gehalten und alles vermieden, was hier zu Illusionen, dort zu Befürchtungen führen könnte.

Und doch sind wir weit davon entfernt, durch die Signatur, welche die Eröffnungstunde getragen, entmuthigt zu werden, wir wissen im Gegentheil genau, daß die Ziele, auf deren Erreichung es zunächst ankommt, gesichert sind. Das Zollparlament muß fortführen, was der Reichstag für die Sicherung der materiellen Interessen der Nation gethan hat. Wird auch nur durchgesetzt, daß das für den Norden bestehende Freizügigkeitsrecht auf den Süden ausgedehnt wird, so ist ein gewichtiger Schritt vorwärts gethan, denn der großen Masse der Bevölkerung wird ein ernstes Pfand dafür gegeben, daß die Partei der „Verpreußung“ sich auf ihre Interessen besser verstehe, als jene Democratie, welche die Grundrechte im Munde und den

particularistischen Schlendrian im Herzen trägt. Bülkes bekannter Satz, daß bei jeder freisinnigen Reformthätigkeit das Hauptaugenmerk auf die Hinwegräumung vorhandener Schranken und Hemmnisse der Volkswohlfahrt zu richten sei, wird von den Massen sehr viel rascher und richtiger verstanden, als von unseren zünftigen Politikern, — man lasse ihm nur sein volles Recht zu Theil werden!

Damit das geschieht, wird vor allem nothwendig sein, daß die große liberale Partei, welche die undankbare Aufgabe der Vermittelung zwischen der preussischen Regierung und dem Volk auf sich genommen, auf der Höhe ihrer Aufgabe bleibt, d. h. den Austrag der Differenzen, welche zuletzt bei Discussion des Gesetzes über die Bundesschulden in peinlichster Weise zu Tage getreten, vor der Hand aufschiebt und sich von den Eindrücken freimacht, welche sie nothwendigerweise aus den Verhandlungen der letzten Tage mitgenommen hat. Wir wollen unerörtert lassen, ob die Art und Weise, in welcher der begründete Anspruch der Volksvertretung auf Controle über die Organe der Executive geltend gemacht worden, die richtige gewesen, und uns an den Beschluß der national-liberalen Partei halten, nach welchem während der Dauer des Zollparlaments lediglich formale Reichsgeschäfte erledigt werden sollen. Alle Controversen, welche zwischen der Partei und dem Bundesrath liegen, müssen — wie wir die Dinge ansehen, — für die Dauer des Zollparlaments vertagt werden, um auf dieses keine lähmenden Wirkungen zu üben. Daß dem Reichstage das Recht werden muß, eine directe Einwirkung auf die Executive zu erlangen, steht uns ebenso fest, wie daß die bisherigen Organisation des Bundeskanzleramts einer Umgestaltung bedarf. Die Ausdehnung der Befugnisse des Zollparlaments auf das politische Gebiet würde aber, wie wir annehmen möchten, den wirksamsten Hebel zur Erreichung beider Zwecke abgeben.

Der norddeutsche Bund hat sich bis jetzt in erster Reihe auf die Regierungen gestützt, welche im Bundesrath vertreten sind, und die Verwirklichung der von den Bundesorganen getroffenen Beschlüsse mehr oder minder von dem guten Willen der einzelnen Landesherren und ihrer leitenden Minister abhängig gemacht. Klagen darüber, daß Territorial-Vorschriften und willkürliche Auslegungen der Einzelregierungen die Bundesgesetze an ihrem Einfluß verkürzten, sind in der Mehrzahl der kleineren Staaten laut geworden, ohne daß ihnen zur Zeit ausreichende Abhilfe zu Theil geworden. Die Ueberbürdung des Kanzleramts hat neben der Absicht, die Territorialfürsten und deren Prärogative möglichst zu schonen und bei gutem Willen zu erhalten, die Schuld daran getragen, daß die Segnungen der Bundeslegislation an mehr wie einem Orte und in mehr wie einer Beziehung nicht zur Wahrheit geworden sind und daß die Massen demgemäß kaum eine Vorstellung

davon haben, daß der neue Bund noch anderen Zwecken nachgehe, als denen der Erhöhung der heimathlichen Wehrkraft.

Die ersten über den Main getragenen politischen Beschlüsse des Zollparlamentes würden eine sehr viel wirksamere Abhilfe dieser Uebelstände herbeiführen, als die, welche bisher geboten worden. Illusionen über den guten Willen der zum norddeutschen Bunde gehörigen Regierungen waren allenfalls möglich, daß aber das Bundeskanzleramt sich im gegebenen Falle an der Bürgschaft des Herrn v. Barmbüler für gewissenhafte Ausführung der Bundesbeschlüsse genügen lassen würde, scheint undenkbar. Die Nothwendigkeit einer Reorganisation des Bundeskanzleramts und der Beschaffung neuer Organe desselben, welche den Erfordernissen der einzelnen Staatsinteressen direct entsprechen, würde von selbst zu ihrem Recht kommen, wenn das Zollparlament auch nur einzelne Zweige des öffentlichen Lebens in das Gebiet gemeinsamer Berathung zöge. Wir können uns nicht vorstellen, daß das Bundespräsidium die Geltendmachung seiner Autorität in Süddeutschland denselben Factoren überlassen würde, welche sich schon in dem nächsten Kreise seiner Machtsphäre ungenügend oder geradezu unzuverlässig bewiesen haben. Im Süden müßten vor allem die Völker bei gutem Willen erhalten werden, und das könnte nur geschehen, wenn Organe vorhanden wären, durch welche man wirken kann.

Die gleichen Vortheile versprechen wir uns für das künftige Verhältniß des Reichstags zur Exekutive. Mit den Vertretern Süddeutschlands, welche der nationalen Idee erst gewonnen werden müssen, wird der Natur der Sache nach eine andere Sprache geführt werden müssen, als mit den Männern, welche die von dem Grafen Bismarck gegenwärtig verfolgten Ziele einem Jahrzehnt angestrebt haben, und in dem Eifer für diese Ziele vor allem seit darauf bedacht sein müssen, mit dem Manne Fühlung zu behalten, der sich als das berufene Werkzeug zur Einigung Deutschland bewährt hat. Bei einem Bruch zwischen dem Bundeskanzler und der nationalen Reichstagspartei haben beide Theile gleich viel zu verlieren — während im Falle einer Ueberschreitung der Mainlinie die Zahl derer Legion würde, welche den Tag eines Conflicts mit Jubel begrüßen würden.

Während die Eigenthümlichkeit des gegenwärtig gegebenen Verhältnisses darin besteht, daß der Reichstagsmajorität an der rücksichtslosen und consequenten Durchführung der nationalen Politik des Grafen Bismarck mindestens ebensoviel gelegen ist, als diesem selbst, das Bewußtsein dieser Uebereinstimmung aber über der Meinungsverschiedenheit wegen der anzuwendenden Mittel in den Hintergrund getreten ist, würde der wenn auch nur theil- und bedingungsweise Eintritt des Südens eine Opposition schaffen, welche den Bundeskanzler und die bisherige Majorität zu festem Zusammenstehen

nöthigte und der letzteren die Möglichkeit böte, ihr volles Gewicht in die Waagschale zu werfen, wo es sich um unwandelbare Prinzipien handelt.

So gebieten das gemeinsame patriotische und das Parteiinteresse in gleicher Weise, die häuslichen Zwiste zu vertagen, so lange das Schicksal das Zollparlaments noch nicht entschieden ist. Wenn man den Süden dadurch zu gewinnen versuchen will, daß man eine vollständige Unabhängigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen die Regierung affectirt, so wird man damit nicht weit kommen. Den Vertretern Würtembergs und Baierns muß vor allem gezeigt werden, daß die nationale Partei und das Bundespräsidium fest zusammenstehen, und daß jeder Versuch, gegen den neuen Bund Sturm zu laufen, abprallt und denen, die ihn versuchen, blutige Köpfe einbringen muß. Nur wenn das geschieht, werden sie bei der Rückkehr in die Heimath zu dem Geständniß gezwungen werden, jedes Sträuben gegen das, was sich als geschichtliche Nothwendigkeit ausgewiesen, sei vergeblich und die Klugheit gebiete das einmal Unvermeidliche freiwillig und mit Würde zu thun.

Reiterleben in der Verwandtschaft Ulrichs von Hutten.

Fehde Mangolds von Eberstein zum Brandenstein gegen die Reichsstadt Nürnberg 1516—1522, von Louis Ferdinand Freiherrn von Eberstein. Nordhausen 1868.

Das Büchlein ist im Wesentlichen ein Abdruck von Protocollen und Briefen aus dem nürnbergger Archiv, der Herausgeber, welchem wir bereits eine documentarische Geschichte seiner Familie (in 3 Bänden, Nordhausen 1862) verdanken, hat durch diese neue Mittheilung ungedruckter Urkunden unsere Kenntniß des alten Reiterlebens wesentlich gefördert.

Denn diese Fehde ist sehr lehrreich, nicht nur für das wilde Treiben des Burgadels von Franken und der Buchenau, sie lehrt auch Denkart und Bildung des Kreises kennen, aus welchem Ulrich von Hutten heraufkam. Der Unternehmer der Fehde, Mangold von Eberstein, war der Bruder von Huttens Mutter Ottilie, die Hutten von Steckelberg waren seine Partner und gaben ihm in der Stunde der Noth Unterschlupf, die Fehde wurde dadurch unterbrochen, daß Mangold durch seine Verwandtschaft mit den Hutten in die letzte Fehde Stäckingens verflochten und bei der Belagerung von St. Wendel durch einen Schuß getödtet ward. Es sei darum hier kurz der Verlauf dieser Geschichte berichtet.

In Nürnberg hatte Leonhard Dedheimer, Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, die Tochter eines Gerichtschreibers, Agathe Kramer, geheirathet, und bei seinem Tode 1503 mit einer Tochter Helena in zerrütteten Vermö-